

Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten? Eine Entgegnung auf Heinz Bude

Kraemer, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kraemer, K. (2023). Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten? Eine Entgegnung auf Heinz Bude. *Soziologie : Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 52(1), 7-25. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-90389-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten?

Eine Entgegnung auf Heinz Bude

Klaus Kraemer

Kürzlich hat Heinz Bude in der SOZIOLOGIE über seine Erfahrungen »aus dem Maschinenraum« der Beratung während der SARS-CoV-2-Pandemie berichtet, die er zunächst im März 2020 in einem informellen Beratungsgremium des Bundesinnenministeriums und sodann als Co-Autor der No-Covid-Initiative gemacht habe (Bude 2022). Zum Hintergrund sei erwähnt, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 2. April 2020 über ein geleaktes¹ internes Strategiepapier des Bundesinnenministeriums: »Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen« berichtete, das vor einem dramatischen Katastrophenszenario mit mehr als einer Million Toten allein in Deutschland im ersten Jahr der Pandemie warnte, wenn nicht umgehend rigorose staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen werden würden (FAZ 2020). Um die »gewünschte Schockwirkung« (BMI 2020: 13) in der Bevölkerung zu erzielen, ist in diesem Strategiepapier empfohlen worden, die Bedrohung in möglichst drastischen Bildern auszumalen. Beispielsweise liest man: »Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst.« (ebd.) Der Behauptung, dass Kinder kaum betroffen seien, müsse, so ist im Strategiepapier formuliert worden, entschlossen entgegnet werden: »Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon

¹ Die Version des Strategiepapiers, aus der hier zitiert wird, wurde nach Recherchen des Projektes FragDenStaat auf der Webseite von abgeordnetenwatch.de publiziert.

qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.« (ebd.) Die No-Covid-Initiative, eine interdisziplinär zusammengesetzte zivilgesellschaftliche Autorengruppe von 14 deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, trat dann im Laufe der zweiten Coronawelle mit Vorschlägen zur Bildung »roter« und »grüner Zonen« in Deutschland und Europa an die Öffentlichkeit.² Die leitende Idee beruhte darauf, das Infektionsgeschehen einzudämmen und Infektionsketten zu »kontrollieren«, indem »drastische«³ Beschränkungen der räumlichen Mobilität und des Alltagslebens in »roten Zonen« dazu beitragen sollten, »grüne Zonen« zu schützen.

Die Feldforschungsreisen, die ich im November 2020 und Januar 2021 nach Stockholm und im April 2021 nach Göteborg unternommen habe, wirkten angesichts solcher Vorschläge wie Reisen in eine andere, fast schon unwirklich anmutende Welt, in der die staatlichen Behörden nicht nur auf dramatische, an die Öffentlichkeit gerichtete Appelle verzichteten, sondern vor allem auch auf Lockdowns und Ausgangssperren, Schulschließungen (für Schüler unter 16 Jahren) und Gewerbeverbote sowie im weiteren Verlauf der Pandemie ebenso auf anlasslose Massentestungen oder restriktive Zugangskontrollen zu öffentlichen Räumen (»2G«). Maskenempfehlungen wurden nur sehr selektiv und zeitlich äußerst eng befristet ausgesprochen, nie jedoch eine obligatorische, sanktionsbewehrte Maskenpflicht verfügt. Während der zweiten Welle erließen die regionalen Gesundheitsbehörden einige Maßnahmen,⁴ die im Vergleich zu Deutschland allerdings äußerst moderat ausfielen.⁵ Im November 2020 interviewte ich Expats der Stockholmer Universität. Sie berichteten mir unisono, dass sie die Pandemie in Schweden als einschneidende Erfahrung erleben würden, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Vor Jahren hätten sie sich ganz bewusst für Stockholm als »kosmopolitischen« Arbeits- und Lebensort entschieden. Nun

2 Siehe die No-Covid Webseite <https://nocovid-europe.eu/index.html>.

3 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/121055/No-COVID-Initiative-Konzept-fuer-gruene-Zonen>.

4 Zum Beispiel die Acht- beziehungsweise Vier-Personen-Tischregel in der Gastronomie.

5 Vgl. etwa University of Oxford, Global Change Data Lab (2022) zu »Policy Responses to the Coronavirus Pandemic«: Government Stringency Index, School and Workplace Closures, Stay-at-Home Restrictions, Face Coverings.

würden sie sich nicht trauen, einen Mund-Nasenschutz in der Stockholmer U-Bahn zu tragen, da sie nicht als ›Ausländer‹ erkannt werden möchten.⁶

Wie konnte das sein? War Schweden eine andere Welt, in der, so die veröffentlichte Meinung in Deutschland und anderswo, die staatlichen Behörden in fahrlässiger und ›unverantwortlicher‹ Weise auf die globale Pandemie reagieren würden? Der Kontrast hätte kaum größer ausfallen können. Auf meinem Flug von Wien nach Stockholm im November 2020 wurde die korrekte Einhaltung der Maskenpflicht akribisch kontrolliert. Angekommen am Stockholmer Flughafen fielen die Masken der Reisenden, sobald sie das unmaskierte schwedische Sicherheitspersonal passiert hatten. In Stockholm traf ich eine skandinavische Metropolenregion an, deren nationale Gesundheitsbehörde auf paternalistischen Alarmismus gänzlich und auch auf restriktive nicht-pharmazeutische Top-down-Maßnahmen vollständig verzichtete, stattdessen einige Empfehlungen aussprach (*stay in your social bubble*) und ansonsten den sogenannten schwedischen Sonderweg damit begründete, nicht die Balance zwischen dem Schutz vor SARS-CoV-2-Infektionen und den unerwünschten Folgewirkungen von Eindämmungsmaßnahmen aus den Augen zu verlieren. Konkret bedeutete dies, dass im gesamten Verlauf der Pandemie Kinder und Jugendliche von allen staatlichen Empfehlungen und Maßnahmen unbehelligt blieben.

Nach anfänglichem Zögern wiesen die Reaktionsmuster der politischen Entscheidungsträger in Deutschland in eine völlig andere Richtung. Es erübrigt sich, den Katalog der ergriffenen Maßnahmen nochmals in Erinnerung zu rufen, mit dem das pandemische Geschehen ›kontrolliert‹ und ›in den Griff‹ gebracht werden sollte. Ich möchte allerdings drei Beispiele herausgreifen und illustrieren, zu welchen überschießenden Reaktionen die Idee des ›in den Griff bekommen‹ (Bude 2022: 254) führte. Im Frühjahr 2021 erklärte das Ordnungsamt der Stadt Düsseldorf ein sanktionsbewehrtes ›Verweilverbot‹ auf Parkbänken am unüberdachten Rheinufer zur ›neuen Normalität‹. Einer ähnlichen Kontrollidee folgend sperrten lokale Ordnungsbehörden im Hochsauerland bereits im Januar 2021 die Parkplätze bekannter Rodelwiesen rund um Winterberg weiträumig ab und ermahnten obendrein Eltern mit ihren Kindern unter Androhung von Bußgeldern, auf der Rodelwiese einen Mund-Nasen-Schutz verpflichtend zu tragen. Und in

6 Zur Frage der unterschiedlichen Mortalitätsraten berichtete das Deutsche Ärzteblatt am 19. Mai 2022 über eine »vergleichbare Übersterblichkeit« in Deutschland und Schweden in den Jahren 2020 und 2021. Vgl. dort auch die knappen Hinweise zu Daten- und Berechnungsproblemen (o. A. 2022).

Hamburg verfügten die städtischen Behörden, dass selbst Jogger im Freien an der Alster die Maskenpflicht zu befolgen hätten. Die Liste derartiger Maßnahmen – von Ausgangssperren bis hin zur »Osterruhe« 2021 – ließe sich fast schon beliebig verlängern. Es wäre abwegig, auf der Grundlage unsystematischer Alltagsbeobachtungen das staatliche Pandemiemanagement in Deutschland mit Schweden oder etwa der Schweiz zu vergleichen und etwaige nationale Sonderbedingungen zu identifizieren, die sicherlich auch mit unterschiedlichen politisch-institutionellen Ordnungen und den jeweiligen Varianten der politischen Kultur zu tun haben. Das Problem besteht eher darin, dass ein systematischer Vergleich des epidemiologischen Erfolgs oder Misserfolgs des jeweiligen Pandemiemanagements an der unzureichenden Verfügbarkeit von validen Daten scheitern würde (vgl. etwa Glasziou, Michie, Fretheim 2021; Bendavid et al. 2021; Talic et al. 2021). In Deutschland hat der Sachverständigenausschuss (2022) des Bundesministeriums für Gesundheit in der Sache unmissverständlich festgestellt, dass eine evidenzbasierte Analyse des deutschen Maßnahmenmanagements mangels einer soliden Datenlage nicht möglich sei. Und selbst dann, wenn auf der Grundlage valider Daten eine vergleichende Analyse möglich gewesen wäre, hängt eine Bewertung des Erfolgs oder Misserfolgs nationaler Elimination- und Mitigation-Strategien immer auch von wissenschaftlich nicht begründbaren Werturteilen ab, also etwa davon, in welchem Verhältnis die erhofften positiven Effekte der ergriffenen Pandemiemaßnahmen zu unerwünschten Maßnahmenfolgen gesehen werden.⁷ Und natürlich wird jede Bewertung auch dadurch beeinflusst, ob unerwünschte Maßnahmenfolgen überhaupt erkannt und bilanziert oder stillschweigend ignoriert werden. Sieht man von solchen, durchaus erheblichen Bewertungsproblemen ab, also einerseits von der unzureichenden Datenverfügbarkeit und andererseits davon, dass immer, gerade auch in Pandemiezeiten, normative Abwägungen vorgenommen und politische Urteile gefällt werden, dann könnte man die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen mitsamt der begleitenden politisch-medialen Krisenkommunikation auch soziologisch untersuchen. An anderer Stelle habe

⁷ Gesundheitsschutz versus Kollateralschäden im Schul- und Bildungssystem, allgemeine Gesundheitsversorgung, psychosoziales Wohlergehen nicht-vulnerabler Personen, Auswirkungen auf die Wirtschaft oder benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

ich den Versuch unternommen, die *soziale Logik* der staatlichen Pandemiepolitik – in Deutschland und Österreich – zu rekonstruieren (vgl. Kraemer 2021; 2022).⁸

Im Folgenden möchte ich anlässlich Heinz Budes Reflexionen »aus dem Maschinenraum der Beratung« während der Coronakrise problematisieren, welche Rolle das Fach im »kritischen Moment« (Bourdieu 1988: 254 ff.) einer singulären, ganz und gar außeralltäglichen Krise einnehmen könnte oder aus meiner Sicht auch sollte. Zunächst stimme ich mit Bude überein, dass es sich bei der Coronakrise weder um eine Allerweltskrise noch um eine Krise handelte, die einem zyklisch wiederkehrenden, also durchaus vertrauten Verlaufsmuster folgt. Stattdessen erlebten wir im Frühjahr 2020 eine historisch beispiellose Krise, die Jürgen Habermas pointiert mit den Worten umschrieb: »So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie« (Habermas 2020). In ubiquitärer Weise stellte die Coronakrise eigentlich alle sozialen Gewissheiten zur Disposition, die zuvor unhinterfragt gültig waren, und zwar ganz gleich, ob es sich um alltägliche Face-to-face-Konventionen handelte, um institutionalisierte Praktiken in Organisationen gleich welcher Art oder um die durch demokratische Verfassungsrechte eingehegte staatliche Organisation der sozialen Wirklichkeit. Mit Bude stimme ich überein, dass die Coronakrise die vertraute Wirklichkeit der sozialen Welt buchstäblich aus den Angeln gehoben hat und der durch Lockdowns verordnete Ausnahmezustand zur Revision epistemischer Glaubenssätze führte.⁹ Zudem berichtet Bude, dass man sich im Frühjahr 2020 »in einem Real-Labor« (2022: 247) befunden habe, in dem die kollektive Expertenerwartung allgegenwärtig war, das Virus um jeden Preis einzudämmen. Zu bedenken geben möchte ich allerdings, dass von dieser deutschen »neuen Normalität« der Krisenwahrnehmung weder in Stockholm noch später in Göteborg sonderlich viel zu spüren war. In Kontrast zu Budes Beobachtungen aus dem »Maschinenraum« der deutschen Pandemieberatung könnte der sogenannte schwedische Sonderweg den soziologischen Blick dafür öffnen, dass im

8 Virologisch-mathematische Expertendelegation, Isomorphismus staatlichen Handelns, Legitimation durch Schutzversprechen, Pfadabhängigkeit und Performativität des Pandemiemanagements, Demonstration von staatlicher Handlungsfähigkeit durch Signalpolitik, kollektive Dissoziation und strategische Ignoranz staatlicher Akteure gegenüber Kollateralschäden, Kollektivmoral der Befürchtungsgemeinschaft als kultureller Treiber des Entscheidungsprozesses.

9 Zum Beispiel statt »schwarzer Null« faktische indirekte monetäre Staatsfinanzierung der Corona-Rettungsschirme durch die Europäische Zentralbank, siehe hierzu das Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP, vgl. ECB (2020).

Frühjahr 2020 die uns allen bestens vertraute soziale Welt in Deutschland mitsamt ihren bewährten sozialen Institutionen nicht wegen des Virus, sondern aufgrund der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und einer begleitenden medialen Krisenperzeption – temporär – aus den Angeln gehoben worden ist.

Bereits mit dem Ausbruch der Pandemie drängte sich die Frage auf, ob die Soziologie im Schockmoment einer so fundamentalen Krise in der Lage ist, die fast schon mechanisch ablaufenden Krisenreaktionsmuster in Medien und Politik, Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft soziologisch nüchtern zu beschreiben, ohne in den Strudel einer auch emotional aufgeheizten, von katastrophischen Angstszenarien (»Killervirus«) und alternativlosen Handlungsszenarien (»Lockdowns retten Leben«) getriebenen, politisch-medialen Öffentlichkeit zu geraten, die sich im Ausnahmezustand einer »Jahrhundertkatastrophe« (Angela Merkel) dazu berufen fühlte, die sonst üblichen Standards einer liberalen, offenen Gesellschaft unter den Generalverdacht der »Lebensgefährdung« zu stellen. Seit Max Webers Wissenschaftslehre verfügt das Fach über ein solides methodologisches Handwerkzeug, um zwischen der Rolle eines engagierten, an öffentlicher Wirksamkeit orientierten, wertgeleiteten *Experten* einerseits und der eines distanziereten sozialwissenschaftlichen *Beobachters* andererseits unterscheiden zu können. Es stellt sich allerdings die Frage, ob dieses methodologische Rüstzeug der Sozialwissenschaften wetterfest genug ist, um auf dem emotionalen Höhepunkt einer fundamentalen Krise den kollektiv geteilten Erwartungen in Politik und Massenmedien zu trotzen, denen man, so meine Eindrücke vom Frühjahr 2020, im buchstäblich eingefrorenen Schockmoment *sozial* nur um die Gefahr eines Reputationsverlusts hätte ausweichen können. Mit den methodischen und theoretischen Werkzeugen der Soziologie verbietet sich jeder historische Vergleich von singulären Ereignissen. Trotz alledem gehört es zum bewährten Standardrepertoire des Faches, eine gewisse Ähnlichkeit von sozialen Musterbildungen auch zwischen historisch ansonsten unvergleichbaren Epochen herauszuarbeiten. Deswegen erlaube ich mir, eine fast schon bissig-lakonische Bemerkung von Emil Lederer in Erinnerung zu rufen. Lederer schrieb im Januar 1915 im Vorwort seines Aufsatzes »Zur Soziologie des Weltkriegs«, dass mit der Julikrise von 1914 die »kühle Objektivität« des »Häuflein[s] selbst der von Beruf »Unparteiischen« – gemeint sind die Sozialwissenschaftler – »in allen Ländern in ein Nichts« zusammengeschrumpft sei (Lederer 2014: 102). Und er bemerkt weiter, dass sich gerade auch Intellektuelle der nationalen Gesinnungsgemeinschaft mit

geradezu suggestiver Gewalt kaum entziehen konnten. An Lederer musste ich unweigerlich denken, als der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn die »Kontrolle des Virus« zu einer Frage der »patriotischen Pflicht« stilisierte (ARD, Corona-Liveticker, 11. Dezember 2020).

Die Pandemie mit Gramsci »in den Griff bekommen«?

Das Lagebild im »Maschinenraum« der staatlichen Pandemieberatung, über das Bude in der SOZIOLOGIE berichtet, deckt sich weitgehend mit dem, was – etwas zeitverzögert – öffentlich, das heißt politisch-medial ab März 2020 kommuniziert worden ist: *Das Virus verbreitet sich exponentiell. Die Lage spitzt sich dramatisch zu, wenn nicht umgehend und einschneidend gegengesteuert und das Virus unter Kontrolle gebracht wird. Die gesundheitliche Bedrohung der Bevölkerung, auch über alle Altersgruppen hinweg, ist beispiellos. Nichtstun führt zur Durchseuchung der Bevölkerung mit katastrophalen Folgen. Dann müssen Patienten von der Intensivmedizin abgeniesen werden. Allein in 2020 drohen in Deutschland mindestens eine Million Tote.* Es gäbe keine Alternative zu *Hammer and Dance*, so lautete das beängstigende Katastrophenszenario, das in den maßgeblichen öffentlichen Repräsentationsräumen mehr oder weniger unangefochten geteilt worden ist. Hingegen wurden davon abweichende Expertengruppen kaum beachtet oder sogar schlicht ignoriert, die sich schon früh für eine stärkere Beachtung der Verhältnismäßigkeit von Eindämmungsmaßnahmen und eine explizite Perspektivenerweiterung des Pandemiemanagements über virologisch-biozentristische Sichtweisen hinaus aussprachen.¹⁰ Bemerkenswert war, dass diese Stimmen von Beginn an eine gleichberechtigte Einbeziehung der Sozialwissenschaften und auch eine Aufwertung der soziologischen Perspektive einforderten. Eigentlich hätten diese Stimmen ›Verbündete‹ der Soziologie sein können. Nach meinen Eindrücken wurden diese Stimmen in unserem Fach allerdings nicht als solche erkannt, um die sehr eindimensionale medizinisch-virologisch-mathematische Perspektive auf die Pandemie gemeinsam zu erweitern. Womöglich hat das auch damit zu tun, dass in der aufgeheizten Diskursatmosphäre des ersten Pandemiejahres selbst seriöse heterodoxe Ex-

10 Vgl. international: Kulldorff et al. (2020), für Österreich Sprenger (2020; 2022), für Deutschland die Adhoc-Stellungnahmen der Thesenpapier-Autorengruppe, die sich auf der Webseite des Mediziners Matthias Schrappe finden: <https://schrappe.com/ms2/index.htm>.

perten unter dem latenten Generalverdacht standen, »Menschenleben zu gefährden« oder sich sogar mit Pariaexperten gemein zu machen, die die Pandemie leugnen oder sogenannten Verschwörungstheorien anhängen. In Schweden habe ich eine durchaus ähnliche soziale Rollenverteilung zwischen orthodoxen und heterodoxen Experten angetroffen, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen und ohne eine vergleichbare emotionale Polarisierung.

Die drastische Lagebeurteilung des informellen Beratungsgremiums des Bundesinnenministeriums, von der Bude berichtet, ist zwar nicht im Wortlaut, aber wohl in der Sache in den folgenden Wochen und Monaten medial vielfach repliziert worden, auch unter dem »Eindruck der Bilder von Bergamo« (Bude 2022: 249). Aus der Warte der Soziologie stellt sich allerdings die Frage, welche Erkenntniswerkzeuge das Fach eigentlich zur Verfügung hat, um einer solchen Lagebeurteilung den Status einer zweifelsfreien, unumstößlichen und unwiderlegbaren Tatsache zuzuschreiben. Diese Frage stellt sich umso mehr, wenn aus einer solchen Lagebeurteilung nicht nur vage Handlungsempfehlungen, sondern alternativlose Handlungsnotwendigkeiten abgeleitet und mit dem Gestus des sachlich und zugleich moralisch Unumgänglichen kommuniziert werden. Im März 2020 lautete die alles »entscheidende Frage«, so Bude, »wie man in einer komplexen, modernen Gesellschaft auf das individuelle Verhalten *zugreifen*« könne (Bude 2022: 247, meine Hervorhebung). Die Rollenverteilung in einem solchen Beratungsetting ist damit festgezurr: Virologen, Mathematiker und Physikerinnen definieren und modellieren mit ihren düsteren Zukunftsprognosen die »tatsächlichen« Probleme, während Soziologinnen und Soziologen sich darum kümmern sollten, »rhetorische Formeln für die Begründung von Entscheidungen« (ebd.) kommunikativ anschlussfähig zu machen, das heißt zu popularisieren, damit der administrative »Zugriff« auf das individuelle Verhalten der Leute auch tatsächlich gelingt. Eine Politik des »Zugriffs«, so Bude mit Gramsci, sei nämlich nur dann von Erfolg gekrönt, wenn die Bevölkerung den staatlich verordneten Zwangsmaßnahmen mehrheitlich auch zustimme. Zustimmung zu den verordneten Maßnahmen sei aber nur dann wahrscheinlich, und hier kommt Gramsci ins Spiel, wenn die staatlichen Entscheidungsträger die »Deutungshoheit in der Hand behalten« würden (ebd.: 249). Budes optimistische Schlussfolgerung, die den Geist der No-Covid-Initiative atmet, ist unmissverständlich: »Die Schocktherapie bringt uns am Ende schneller ans Ziel als das lange Hinauszögern des Unvermeidbaren« (ebd.; vgl. neuerdings Sachs et al. 2022).

Was tun? Die Soziologie im Schockmoment einer Krise

Im Schockmoment der pandemischen Krise, Bude spricht vom »Moment der Gefahr«, wird virologisch-medizinischen Experten mehr oder weniger unangefochten die Kompetenz zugeschrieben, »unmissverständliche Tatsachen« (Bude 2022: 248, 250) zu liefern, etwa über die Gefährlichkeit, Übertragungswege und Diffusionsdynamik des Virus, während von den Sozialwissenschaften allenfalls erwartet wird, Deutungswissen bereitzustellen, um das Unvermeidbare der Eindämmungsmaßnahmen kommunikativ in die Bevölkerung hinein zu transportieren. Einige Probleme einer derartigen Rollenzuschreibung werde ich sogleich ansprechen. An dieser Stelle ist lediglich Folgendes anzumerken: Unbestritten ist, dass staatliche Akteure in einer singulären Krise vor dem Dilemma stehen, Entscheidungen von erheblicher Tragweite und unter Zeitdruck treffen zu müssen, ohne jedoch über halbwegs erprobte Erfahrungen oder gar evidenzgeprüfte Strategien im Umgang mit solchen Krisen zu verfügen. Gleiches gilt natürlich auch für Entscheidungen, die hinausgezögert oder nicht getroffen werden. Vor dem Hintergrund einer solchen dilemmatischen Situation ist allerdings die Frage aufzuwerfen, was mögliche Gütekriterien einer soziologischen Intervention in einem, von radikaler Ungewissheit geprägten Krisenmoment sein könnten, ganz gleich, ob es sich um öffentliche Kommunikationsarenen oder nicht-öffentliche Beratungsformate gleich welcher Art handelt.

Krisenrhetorik der einfachen Worte?

Die Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie galt vielen als ›Stunde der Exekutive‹. Bekanntlich ist damit – im Moment der Bedrohung – ein Primat der Politik gemeint, das staatliche Akteure in die Lage versetzen soll, einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehen durchzusetzen, ohne allzu viel Rücksicht auf die in normalen Zeiten gültigen deliberativen Verfahrensmodalitäten und rechtsstaatlichen Sicherungen einer funktional differenzierten sozialen Ordnung nehmen zu müssen. Wenn Gefahr von katastrophischen Ausmaßen im Verzug sei, so lautete das Argument, müsse zeitnah ›durchregiert‹ werden können. Wie die empirische Meinungsforschung lehrt, versammelt sich in solchen Momenten die große Mehrheit der

Bevölkerung immer hinter der Regierung. Unabhängig davon, ob die Gründe zur Beurteilung der Gefahrenlage hinreichend gewesen sind, so ist doch fraglich, ob es im Frühjahr 2020 tatsächlich eine ›Stunde der Exekutive‹ im Sinne einer provisorischen Handlungsermächtigung staatlicher Entscheidungsträger gab oder ob das staatliche Krisenmanagement nicht weitaus mehr durch widersprüchliche, inkonsistente und institutionell kleingearbeitete Ad-Hoc-Maßnahmenpolitiken (›Flickenteppich‹) gekennzeichnet gewesen ist. Dafür spricht jedenfalls die »labyrinthische Unübersichtlichkeit« (Schrappe et al. 2021: 30) der Maßnahmenpolitik. Sieht man einmal von der Frage nach dem faktischen Regierungshandeln ab (*action*) und richtet den Blick auf die praktizierten Kommunikationsstrategien (*talk*), dann fällt auf, dass in der Hochphase der Pandemie die staatlichen Maßnahmenpakete und Verordnungen, nicht nur, aber insbesondere auch in Deutschland, mit einer moralisch bis zum Äußersten aufgeladenen Politik der einfachen Worte flankiert worden sind. Diese Politik der einfachen Worte folgte einem Kausalschema, das in seiner apodiktischen, monoton-linearen Logik noch immer nachhallt: »Lockdowns retten Leben«, »Schulschließungen unterbrechen Infektionsketten«, »Ausgangssperren verhindern Ansteckungen« oder »Wir dürfen niemals die Gesichtsmaske infrage stellen« (Wieler, RKI). In Kombination mit den verstörenden Berichten und Bildern aus Wuhan und Bergamo wirkte die schiere Wucht dieser Rhetorik für viele selbsterklärend. Hinzu kam ein bis dato noch nicht erlebter medialer Aufmerksamkeitspegel, der über virologisch-medizinisches Expertenwissen und mathematisch-physikalische Modellierungen hinaus selbst für kritische Rückfragen anderer Disziplinen kaum Raum ließ. Erst im weiteren Verlauf der Pandemie stießen wissenschaftliche Expertisen auf mehr öffentliche Resonanz, in denen dafür plädiert worden ist, die vermuteten erwünschten Effekte der Eindämmungsmaßnahmen des Infektionsgeschehens in ein Verhältnis zu möglichen oder erwartbaren unerwünschten Maßnahmenfolgen zu stellen (vgl. exemplarisch Schippers, Ioannidis, Joffe 2022). Selbst noch zu Beginn des zweiten Pandemiejahres ließ sich die Politik der einfachen Worte kaum von seriösen, aber abweichenden Einschätzungen irritieren; selbst nicht davon, dass keineswegs alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise bedroht seien (Ältere versus Kinder, Jugendliche und jüngere Erwachsene), die Zuverlässigkeit mathematischer Modellierungen über das zukünftige Infektionsgeschehen fragwürdig (vgl. Müller 2021) und die Effektivität der verordneten Maßnahmen zur Eindämmung gerade auch in Relation zu erwartbaren Kollateralschäden umstritten sei (vgl. Schrappe et al. 2021).

Je monströser die vermutete Bedrohung im Schockmoment eingeschätzt wurde (vgl. Ferguson et al. 2020), umso schwieriger wurde es, die Differenz zwischen dem, was in Pandemiezeiten öffentlich von Soziologinnen und Soziologen erwartet wird, zuallererst: appellative Stellungnahmen über die Bedeutsamkeit des »sozialen Zusammenhalts« und dem durchzuhalten, was das Fach in methodologisch kontrollierter Weise über Gesellschaften in Pandemien eigentlich aussagen kann. In den ersten beiden Pandemie Jahren wurde das für die Soziologie immer schon latente Spannungsverhältnis zwischen der (politischen) Bürger- und (wissenschaftlichen) Beobachterrolle durch eine beispiellose Katastrophenwahrnehmung auf die Probe gestellt. Im Schockmoment der Krise schrumpfte sogar die Frage nach der legitimen Weltdeutung zu einer finalen Wahrheitsfrage, nicht nur in den Arenen von Politik und Öffentlichkeit, sondern auch selbst im Feld der wissenschaftlichen Disziplinen. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend gewesen, dass Fragen zur Effektivität und Verhältnismäßigkeit von Eindämmungsmaßnahmen wie Lockdowns, Schulschließungen, Ausgangssperren oder Maskenpflicht in Deutschland allenfalls partiell und dann auch nur tendenziös geführt werden konnten; etwa um den »richtigen« Zeitpunkt des nächsten Lockdowns, um die »notwendige« Dauer der Schulschließungen oder darum, auf welche Alltagsbereiche die Maskenpflicht »zwingend« ausgedehnt werden müsse, kaum aber darum, ob allgemeine Lockdowns, Schulschließungen, Ausgangssperren oder restriktive Zugangsbeschränkungen zu öffentlichen Räumen (2G) überhaupt epidemiologisch zielführend seien. Noch im zweiten Pandemiejahr hat die in Politik und Massenmedien so populäre Rhetorik der einfachen Worte ein binäres Einfachdenken begünstigt, das nicht selten Züge einer Bekenntnisgemeinschaft annahm und das legitime Wissen über die Pandemie entlang des polarisierenden Schemas »Lebensschützer« versus »Lebensgefährder« semantisch skalierte. Selbst der eigentlich unverdächtige Hinweis, dass es auch in Pandemiezeiten nicht *die* wissenschaftliche Expertise gäbe, sondern es stets darum gehe müsse, welchen Disziplinen und Expertisen man aus welchen Gründen bei der Beurteilung der pandemischen Gefahrenlage oder der zu ergreifenden Eindämmungsmaßnahmen besondere Aufmerksamkeit schenke (Streck 2021), konnte schnell die Grenzen des legitimen Debattenraumes austesten.

Was bedeutet das für die Soziologie? Die *Public Sociology*, der es um öffentliche Sichtbarkeit und Resonanz ihrer Expertise geht, stößt im Moment eines allgemeinen, alle Teilbereiche der Gesellschaft erfassenden Krisenschocks an die Grenzen des legitimen Debattenraums, sobald ein »autonomer Pok«

(Bourdieu) öffentlich eingenommen wird, um professionelle Distanz gegenüber populären Werturteilen (›Leben schützen um jeden Preis‹), medialen Krisendeutungen (›Killervirus‹) und politischer Krisenkommunikation (›Jahrhundertkatastrophe‹) zu wahren. Im Schockmoment einer Krise wird die methodologische Kompetenz der Soziologie ganz besonders herausgefordert, einen Standort zur Beobachtung von Gesellschaft einzunehmen, der es erlaubt, sich dem Sog bekannter sozialer Mechanismen (*Group thinking*, *Rally 'round the flag*) zu entziehen, die in Krisen mit existenziell wahrgenommenem Bedrohungspotenzial offensichtlich ganz besonders wirkmächtig sind.

Methodenkompetenz im Schockzustand

Im Gegensatz zu politisch willkommenen soziologischen Einlassungen über die Bedeutsamkeit des ›sozialen Zusammenhalts‹ wurde die Methodenkompetenz des Faches eigentlich im gesamten Verlauf der Krise ignoriert. Rainer Schnell und Menno Smid haben schon früh¹¹ die unzureichende Datenpolitik des Robert-Koch-Instituts (RKI) und die Fokussierung auf die tägliche oder kumulative Zahl bestätigter COVID-19-Fälle kritisiert. Sie legten in schonungsloser Deutlichkeit dar, dass es nicht nachvollziehbar sei, warum sich das RKI auf absolute Meldeinzidenzen von positiv Getesteten beschränken würde, ohne Einflussfaktoren wie Testanlässe und Testhäufigkeiten zu berücksichtigen, obendrein auf repräsentative Erhebungen zum Infektionsgeschehen verzichte und sich stattdessen auf unzuverlässige Erhebungsinstrumente verlasse. Schnell und Smid argumentierten, dass ein professionelles Pandemiemanagement ohne eine solide Datenbasis nicht möglich sei. Ungehört verhallten ihre frühen, mahnenden Empfehlungen, Licht in die Dunkelheit der behördlichen Datenwüste zur tatsächlichen Infektionsrate und zur Infektionsdynamik oder zu individuellen Infektionsrisiken zu bringen, auch differenziert nach gesundheitsbezogenen soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen. In eindringlichen Worten schlugen Schnell und Smid im von Jutta Allmendinger und Armin Nassehi organisierten digi-

11 Einen Vortrag über »Methodische Probleme und Lösungen für eine epidemiologische Coronaforschung« hielten Schnell und Smid im Rahmen der WZB-Kolloquiumsreihe »Soziologische Perspektiven der Coronakrise« am 15. April 2020 (<https://coronasozioologie.blog.wzb.eu/archiv/>, vgl. auch Schnell, Smid 2020).

talen WZB-Kolloquium vier verschiedene Samples vor: *erstens* repräsentative, nach Bundesland und Ortsgröße geschichtete Prävalenzstichproben (n = 30.000), um den Anteil der Infizierten in der Bevölkerung zu identifizieren, *zweitens* Panel-Studien (n = 5.000), um tatsächliche Krankheitsverläufe und symptomfreie Verläufe von positiv getesteten Personen zu analysieren, *drittens* Post-Mortem-Stichproben (Covid-Neben- oder Hauptdiagnose, populär »im Zusammenhang« beziehungsweise »mit« versus »an«) sowie *viertens* sozialwissenschaftliche Zufallsstichproben unter der Allgemeinbevölkerung (n = 3.000), einschließlich älterer Menschen und sozioökonomisch benachteiligter Personen, um Einstellungen zu pandemiebedingten Maßnahmen und Folgebereitschaften empirisch zu messen. Selbst die Frage, ob Busfahrer oder Friseurinnen in exponierter Weise gefährdet sind, hätte man einfach und unkompliziert prüfen können, indem etwa bei Antigen-Schnell- oder PCR-Tests die aktuelle berufliche Position abgefragt worden wäre. Nichts von alledem ist in den ersten beiden Pandemie Jahren in Deutschland geschehen. An der völlig unzureichenden Datenlage und Datenpolitik des RKI, gerade auch im europäischen Vergleich, hatte sich selbst im zweiten Pandemiejahr nichts Grundlegendes geändert.¹²

Es ist ein soziologisches Rätsel und zugleich eine offene Forschungsfrage, warum die maßgeblichen staatlichen Institutionen in Deutschland die einschlägigen Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik ignoriert und keine validen, repräsentativen Daten zur Pandemie produziert haben, kein evidenzbasiertes Maßnahmenmonitoring betrieben worden ist und man sich stattdessen auf spekulative mathematisch-physikalische Computermodellierungen verlassen hat, die offensichtlich von einer kulturell unterfütterten Annahme einer allgemeinen, universellen Gesundheitsbedrohung der gesamten Bevölkerung mit unbekanntem, exponentiellem und katastrophischem Potential ausgegangen sind. Unter dem selektiven Radar des Modellierungspositivismus blieb 2020 und 2021 vieles unbeobachtet, was eine Pandemie *in* Gesellschaft ausmacht, zuallererst die Bedeutung von sozialen Settings, Strukturen und Institutionen sowie lokalen kulturellen Praktiken für das Infektionsgeschehen, vor allem auch die unerwünschten nichtintendierten Folgewirkungen einer restriktiven nicht-pharmazeutischen Maßnahmenpolitik. In der Rückschau mutet es fast schon bizarr an, dass die Pandemie als »sozial strukturloses« biomedizinisches Naturereignis kommuniziert worden

12 Vgl. demgegenüber die seit Mai 2020 regelmäßig durchgeführten Seroprävalenzstudien in Großbritannien (Office of National Statistics 2022), für die Schweiz siehe Corona Immunitas (2022).

ist, mit klarer Rollenverteilung: die Gesellschaft als »Herde«, die Politik als »Hirte« und der Bürger als »Schaf«, um eine pointierte Formulierung von Streeck (2021) aufzugreifen. Bemerkenswerterweise prägten auch noch im zweiten Pandemiejahr gutgemeinte, aber illusionäre Narrative (*jeder Covid-Tote ist ein Toter zu viel*) den politisch-medialen Debattenraum, während un-bequeme Tatbestände der Immunologie und Infektiologie (*alle werden sich über kurz oder lang infizieren, Geimpfte wie Ungeimpfte, Gesunde wie Vulnerable*) nur zögerlich zur Kenntnis genommen worden sind.

Selbstbegrenzung und die Kernkompetenz der Soziologie

Die Pandemieberatung ist im Frühjahr 2020 durch ein soziales Phänomen gekennzeichnet gewesen, das man als undisziplinierte Extradisziplinarität¹³ bezeichnen könnte. Im Schockmoment der Krise ist die apokalyptische Katastrophenwahrnehmung kaum noch steigerbar. Je unzweifelhafter die angenommene Faktizität einer universellen Gesundheitsbedrohung – auch jenseits von Lebensalter und Vulnerabilitätsstatus – kollektiv geteilt wird, umso naheliegender ist es auch, wenn sich exponierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gleich welcher disziplinären Ausrichtung dazu berufen fühlen, auch weit über die eigentliche fachwissenschaftliche Expertise hinaus, in die Rolle eines öffentlichen Experten für allgemeine, auch politische und moralische Fragen der Pandemiepolitik zu schlüpfen, um den befürchteten *worst case* abzuwenden.¹⁴ In einer solchen, politisch-sozial bis zum Äußersten aufgeheizten Ausnahmesituation, stehen nicht nur politische Entscheidungsträger unter immensen Zeitdruck, sondern gleichermaßen alle möglichen Beraterstäbe. Schließlich möchte sich kein öffentlicher Experte dem impliziten Vorwurf gegenübersehen, nicht alles dafür zu tun, um »Leben zu retten«. Angesichts einer solchen Konstellation kann es kaum überraschen, dass die basalen Tugenden der sozialwissenschaftlichen Methodologie¹⁵ und davon ableitbare Gütekriterien unter die Räder eines allumfassenden Bedrohungsnarrativs geraten können. Im Schockmoment der Krise zeigt sich

13 Diese Formulierung verdanke ich einer mündlichen Bemerkung von Felix Tretter.

14 Zum »benevolenten Paternalismus« vgl. Münch (2022: 51 ff.).

15 Skeptizismus, Ergebnisoffenheit, relationales Denken, kontraintuitive Aufmerksamkeit, Kontrolle von politisch-moralischer Voreingenommenheit, Überprüfung der Nullhypothese und so weiter.

die undisziplinierte Extradisziplinarität des Expertenstatus beispielsweise darin, dass Laborvirologen pädagogische Ratschläge für ein verantwortbares Alltagsverhalten geben, Mediziner Populärpsychologie betreiben, Philosophinnen und Ethiker vor der biomedizinischen Infektiosität des Virus warnen, Physikerinnen in eindringlichen öffentlichen Appellen die sofortige Schließung von Schulen und Kindergärten fordern, mathematische »Komplexitätsforscher« die nichtintendierten Folgen von Eindämmungsmaßnahmen einfach ignorieren oder Soziologen Maskenempfehlungen aussprechen, Mutmaßungen über die biomedizinische Dynamik des zukünftigen Infektionsgeschehen anstellen und daraus konkrete politische Handlungsempfehlungen kausal ableiten.

Gerade auch im Ausnahmezustand eines extranormalen Schockzustands gibt es gute Gründe, jeder Versuchung zu einer extradisziplinären Kompetenzüberschreitung zu widerstehen und an der disziplinären Kernkompetenz der Soziologie festzuhalten. Extranormale Zeiten wie eine Pandemie stellen einen Testfall für die methodologische Selbstbindung des Faches dar, nicht wohlmeinendes politisches Unternehmertum zu betreiben, sondern in der Rolle eines wissenschaftlichen Beobachters von Gesellschaft zu verbleiben. Aus der soziologischen Beobachterrolle wird dann besser erkennbar, vor allem auch über die Tage des Schockzustands hinaus, worin die bio-soziale Komplexität einer Pandemie eigentlich besteht.¹⁶ Wohlmöglich können dann die blinden Flecke des biologistischen Einfachdenkens extradisziplinärer Experten (»Lockdowns retten Leben«), die schiere Unterkomplexität einer dramatischen Krisendiagnose (*No-Covid*) und die nichtintendierten Effekte einer als alternativlos wahrgenommenen Maßnahmenpolitik besser sichtbar gemacht werden.

Aus der soziologischen Beobachterrolle von Gesellschaft können keine Rückschlüsse über die virologische, epidemiologische oder biomedizinische Richtigkeit der ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen vorgenommen werden. Die Soziologie verfügt über keine theoretischen und methodischen Werkzeuge, um das Gefährdungspotential eines Virus und das Erkrankungsrisiko des Wirts einzuschätzen oder um die Angemessenheit unterschiedlicher staatlicher Pandemiestrategien (etatistisch-paternalistisch versus liberal) zu beurteilen. Letztlich handelt es sich bei der Frage nach der »richtigen« Pandemiepolitik um ein Werturteilsfrage, die nicht wissenschaftlich, sondern

¹⁶ Viruseigenschaften, Wirtseigenschaften, soziale und institutionelle Umgebungseigenschaften, vgl. hierzu Schrappe et al. (2021).

nur politisch-normativ entscheidbar und ethisch zu begründen ist,¹⁷ da konfligierende Zielbestimmungen¹⁸ gegeneinander abzuwägen sind (vgl. hierzu jüngst Lewis 2022). Auch in einer Pandemie besteht die Kernkompetenz des Faches nicht darin, plakativ für ›Solidarität‹ zu werben, an den ›sozialen Zusammenhalt‹ zu appellieren oder nichtpharmazeutische Maßnahmen politisch zu befürworten beziehungsweise zu kritisieren. Vielmehr sehe ich die soziologische Kernkompetenz auch im Krisenmodus darin, biologistische Krisendiagnosen in ein *soziales Verhältnis* zu setzen,¹⁹ die *gesellschaftlichen* Voraussetzungen und Wirkungen von Maßnahmen zur ›Kontrolle‹ der Pandemie in den Mittelpunkt zu rücken und möglichst von Beginn an darauf aufmerksam zu machen, dass eine umsichtige Pandemiepolitik immer auch die schon früh absehbaren nichtintendierten Nebenfolgen²⁰ bedenken sollte. Warum sollte die in normalen Zeiten eigentlich selbstverständliche und vielfach bewährte disziplinäre Selbstbegrenzung der Soziologie in außeralltäglichen Zeiten keine Geltung mehr besitzen, nur weil im Schockmoment der Krise in extradisziplinären Expertengruppen die Auffassung vertreten wird, wie Bude am Beispiel des informellen Beratungsgremiums des Bundesinnenministeriums berichtet, dass man »überhaupt nichts« über die Folgen einer weitgehenden »Stillstellung des öffentlichen Lebens« wisse und die wissenschaftliche Pandemieberatung eher mit dem ungewissen Ausgang einer »Apollo-13«-Mission zu vergleichen sei (Bude 2022: 248, 250)?

Literatur

Bambra, Clare / Riordan, Ryan / Ford, John / Matthews, Fiona 2020: The COVID-19 pandemic and health inequalities. *Journal of Epidemiol Community Health*, vol. 74, no. 11, 964–968. <http://doi: 10.1136/jech-2020-214401>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.

17 Vgl. mögliche ethische Kriterien nach Jamrozik (2022): evidence, the least restrictive/harmful alternative, proportionality, equity, reciprocity, due legal process, transparency.

18 Zum Beispiel Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit versus Vermeidung von nichtintendierten Kollateral- und Folgeschäden.

19 Vgl. zum sozial ungleichen Erkrankungsrisiko etwa Burström, Tao (2020), Bambra et al. (2020), Salisbury (2020).

20 Im Schul- und Bildungssystem, für die allgemeine Gesundheitsversorgung und psychosoziales Wohlergehen, die Zunahme sozialer und gesundheitlicher Ungleichheiten und so weiter.

- Bendavid, Eran / Oh, Christopher / Bhattacharya, Jay / Ioannidis, John P. A. 2021: Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of COVID-19. *European Journal of Clinical Investigation*, vol. 51, no. 4, e13484. <https://doi.org/10.1111/eci.13484>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- BMI – Bundesministerium des Inneren 2020: Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen. <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/informationsfreiheit/das-interne-strategiepapier-des-innenministeriums-zur-corona-pandemie>, letzter Aufruf am 10. November 2022.
- Bourdieu, Pierre 1988: *Homo Academicus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bude, Heinz 2022: Aus dem Maschinenraum der Beratung in Zeiten der Pandemie. *SOZIOLOGIE*. 51. Jg., Heft 3, 245–255.
- Burström, Bo / Tao, Wenjing 2020: Social determinants of health and inequalities in COVID-19. *European Journal of Public Health*, vol. 30, no. 4, 617–618. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckaa095>.
- Corona Immunitas 2022: Resultate von Corona Immunitas. <https://www.corona-immunitas.ch/programm/resultate/>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- ECB – European Central Bank 2020: Euro Area – Monetary Aggregate M3. <https://sdw.ecb.europa.eu>, letzter Aufruf am 13. Oktober 2022.
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung 2020: Corona-Kommunikation: Wie bringt man den Deutschen bei, wie schlimm es wirklich ist? www.faz.net/aktuell/politik/in-land/corona-wie-bringt-man-deutschen-den-ernst-der-lage-bei-16707527.html, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Ferguson, Neil M. / Laydon, Daniel / Nedjati-Gilani, Gemma / Imai, Natsuko 2020: Report 9: Impact of non-pharmaceutical interventions (NPIs) to reduce COVID-19 mortality and healthcare demand. Imperial College COVID-19 Response Team. <https://doi.org/10.25561/7748>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Glasziou, Paul P. / Michie, Susan / Fretheim, Atle 2021: Public health measures for covid-19. *BMJ*, 375. <https://doi.org/10.1136/bmj.n2729>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Habermas, Jürgen 2020: So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie. *Frankfurter Rundschau* vom 10. April 2020. <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/juergen-habermas-coronavirus-krise-covid19-interview-13642491.html>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Jamrozik, Euzebiusz 2022: Public health ethics: critiques of the »new normal«. *Monash Bioethics Review*, vol. 40, no. 1, 1–16. <https://doi.org/10.1007/s40592-022-00163-7>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Kraemer, Klaus 2021: Kollektive Dissoziation. Wirtschaftliches Handeln im Lockdown. In Sarah Lenz / Martina Hasenfratz (Hg.), *Capitalism unbound. Ökonomie, Ökologie, Kultur*. Frankfurt am Main: Campus, 111–128.
- Kraemer, Klaus 2022: How do state authorities act under existential uncertainty? Hypotheses on the social logic of political decision-making processes during the coronavirus pandemic. *Culture, Practice and Europeanization*, vol. 7, no. 1, 5–36.

- Kulldorff, Martin / Sunetra, Gupta / Bhattacharya, Jay et al. 2020: Great Barrington Declaration. <https://gbdeclaration.org/>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Lederer, Emil 2014 [1915]: Zur Soziologie des Weltkriegs. In Peter Gostmann / Alexandra Ivanova (Hg.), *Schriften zur Wissenschaftslehre und Kulturosoziologie*. Texte von Emil Lederer. Wiesbaden: Springer, 101–130.
- Lewis, Dyani 2022: What scientists have learnt from COVID lockdowns. *Nature* 609, 236–239. <https://doi.org/10.1038/d41586-022-02823-4>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Müller, Bernhard 2021: Zur Modellierung der Corona-Pandemie. Eine Streitschrift. https://schrapp.com/ms2/index_htm_files/Thesenpap8_add.pdf, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Münch, Richard 2022: Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen. Regieren in den Fallstricken des Szientismus. Frankfurt am Main: Campus.
- o. A. 2022: Übersterblichkeit: WHO-Autoren korrigieren Daten für Deutschland und Schweden. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/134232/Ubersterblichkeit-WHO-Autoren-korrigieren-Daten-fuer-Deutschland-und-Schweden>, letzter Aufruf am 10. November 2022.
- Office of National Statistics 2022: Coronavirus (COVID-19) latest insights: Antibodies. <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/healthandsocialcare/conditionsanddiseases/articles/coronaviruscovid19latestinsights/antibodies>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Sachs, Jeffrey D. et al. 2022: The Lancet Commission on lessons for the future from the COVID-19 pandemic. *The Lancet*, vol. 400, no. 10359, 1224–1280. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(22\)01585-9](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(22)01585-9), letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Sachverständigenausschuss 2022: Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik. Bericht des Sachverständigenausschusses nach § 5 Abs. 9 IFSG https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/S/Sachverstaendigenausschuss/220630_Evaluationsbericht_IFSG_NEU.pdf, letzter Aufruf am 20. Oktober 2022.
- Salisbury, Helen 2020: Poverty as a pre-existing condition. *BMJ*, vol. 371, m4607. <https://doi.org/10.1136/bmj.m4607>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Schippers, Michaéla C. / Ioannidis, John P. A. / Joffe, Ari R. 2022: Aggressive measures, rising inequalities, and mass formation during the COVID-19 crisis: An overview and proposed way forward. *Frontiers in public health*, vol. 10, <https://doi.org/10.3389/fpubh.2022.950965>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- Schnell, Rainer / Smid, Menno 2020: Methodological problems and solutions in sampling for epidemiological COVID-19 research. *Survey Research Methods*, vol. 14, no. 2, 123–129. <https://doi.org/10.18148/srm/2020.v14i2.7749>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.

- Schrappe, Matthias / François-Kettner, Hedwig / Gottschalk, René / Knieps, Franz / Knipp-Selke, Andrea / Manow, Philip / Püschel, Klaus / Glaeske, Gerd 2021: Thesenpapier 8.0 zur Pandemie durch SARSCoV- 2/Covid-19: Pandemie als komplexes System – Steuerung der Epidemie durch Indikatoren-Sets – Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie – Politik und Demokratie unter Pandemie-Bedingungen. MVF (Monitor Versorgungsforschung), 14. Jg., Heft 5, <http://doi.org/10.24945/MVF.05.21.1866-0533.2337>.
- Sprenger, Martin 2020: Das Corona-Rätsel. Tagebuch einer Pandemie. Wien: Seifert.
- Sprenger, Martin 2022: Corona – Des Rätsels Lösung? Faktencheck einer Pandemie Wien: Seifert.
- Streeck, Wolfgang 2021: Wissenschaftlern folgen? Ja doch, aber welchen? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Januar 2021, 13.
- Talic, Stella et al. 2021: Effectiveness of public health measures in reducing the incidence of covid-19, SARS-CoV-2 transmission, and covid-19 mortality: systematic review and meta-analysis. *BMJ*, vol. 375, e068302. <https://doi.org/10.1136/bmj-2021-068302>, letzter Aufruf am 24. Oktober 2022.
- University of Oxford / Global Change Data Lab 2022: Our World in Data. <https://ourworldindata.org/coronavirus>, letzter Aufruf am 2. November 2022.